

Protokollauszug

aus der

7. (außerordentliche) öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vom 12.05.2020

öffentlich

Top 5.1 Information zum Klinikum Ernst von Bergmann

Frau Meier informiert, dass aktuell im Klinikum Ernst von Bergmann 14 mit dem Corona Virus infizierte Patienten auf der Normalstation betreut werden und 4 Personen auf der Intensivstation, von denen 4 beatmet werden.

Seit dem 25.04.2020 sind Herr Steckel und Herr Schmidt als Geschäftsführer eingesetzt.

Das Klinikum Ernst von Bergmann wurde in drei Bereiche aufgeteilt. Ein entsprechendes Patienten- und Personalmanagement muss nun aufgebaut werden. Ebenso müssen entsprechende Wegeverbindungen geschaffen werden, die sich nicht kreuzen dürfen.

Mit diesem Neustart wurde am vergangenen Wochenende begonnen. Ziel ist, stufenweise zu einem Normalbetrieb unter Covid-Bedingungen zu kommen. Mittelfristig wird von ca. 600 Betten ausgegangen. Finanzielle Auswirkungen sind noch nicht absehbar.

Frau Meier verweist auf das Management von COVID-19 in der Seniorenpflege auf Hermannswerder. Hier wurde die Situation hervorragend gemeistert.

Eine größere Herausforderung war die Gemeinschaftsunterkunft in der Zeppelinstraße. Durch Abverlegungen konnte eine gute Lösung gefunden werden. Die Gemeinschaftsunterkünfte werden nun auf Pandemiepläne und ggf. Platzreduzierungen geprüft.

Herr Fröhlich spricht die Quarantäne-Regelungen für die Gemeinschaftsunterkünfte an, die aus seiner Sicht weitestgehend gut waren. Er fragt, ob es bereits Absprachen mit dem Land zu Gemeinschaftsunterkünften oder anderer Unterkünften gibt, in denen die Menschen relativ eng zusammenleben.

Frau Schulze fragt nach den Kosten für die Abverlegungen der Gemeinschaftsunterkunft und wer diese getragen hat.

Frau Vandre betont, dass Gemeinschaftsunterkünfte nur vorübergehende Unterbringungsmöglichkeiten sein sollen. Sie fragt, ob es Planungen gibt, diese zu minimieren und andere Unterbringungslösungen zu finden.

Sie informiert, dass es im Jugendhilfeausschuss am 30.04.2020 einen ausführlichen Bericht zu Beschulung von Kindern aus Gemeinschaftsunterkünften gab. Sie fragt, ob es hier eine Zusammenarbeit der beiden zuständigen Geschäftsbereiche gibt.

Frau Pohle betont, dass es von Seiten des Migrantenbeirates für sehr wichtig befunden wird, auch die Kinder in die Pandemiepläne einzubeziehen. Der Migrantenbeirat hat ein schriftliches Konzept vorgelegt, wie digitales Lernen in Gemeinschaftsunterkünften optimiert werden kann.

Sie fragt, mit wem dies kommuniziert werden kann.

Frau Grasnick fragt, wie die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ist und ob es einen Zusammenschluss gibt, um die Erstattung der Kosten zu regeln.

Frau Meier erklärt, dass die RKI-Richtlinien den Trägern zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Erkenntnisse der Pflegeeinrichtung Hermannswerder wurden den Trägern zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Abverlegung müssen aus ihrer Sicht im Rahmen des Landesaufnahmegesetzes geregelt werden. Dazu gibt es Gespräche mit dem Land. Es gibt auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Krisenstab des Landes und mit dem MSGIV.

Herr Jekel teilt mit, dass nach weiteren Möglichkeiten für die Finanzierung von Laptops für die Beschulung der Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften gesucht wird. Dafür ist er selbst der Ansprechpartner.

Unter Pandemiebedingungen sind Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften keine gute Möglichkeit. Dies war vorher bereits erkannt. Hier müssen Lösungen gefunden werden.

Frau Meier ergänzt, dass es bereits Gespräche mit der Pro Potsdam GmbH gibt, um Ideen zu entwickeln. Diese werden dann im GSWI-Ausschuss vorgestellt.